



Ein neues Gesetz als Standortnachteil: Demonstration gegen das Abtreibungsverbot vor dem Kapitol in Austin
Foto Ilana Panich-Linsman/The New York Times/Laif

serie wegen des Abtreibungsverbots nicht in Texas gefilmt werden soll, und kommentierte ihn mit dem Wort „Gut“. Er twitterte auch: „Wem es nicht gefällt, wie wir in Texas die Dinge regeln, soll verschwinden, und zwar schnell.“

Manchen Texanern fällt es schwer, die derzeitigen Prioritäten der Republikaner zu begreifen. Zum Beispiel Adam Wilson. Der Dreißigjährige dokumentiert Schiffsfracht im Hafen von Houston. Wenn er anderswo eine ähnliche Position angeboten bekäme, sagt er, würde er sich einen Umzug überlegen. „Das Lebensumfeld wird hier ziemlich feindselig.“ Das Abtreibungsverbot habe bei ihm eine Grenze überschritten, weil es das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper attackiere. „Damit sagt Texas: Frauenrechte sind egal.“ Wilson findet, der Bundesstaat mache „schlechte PR“ für sich selbst. Wenn sich der politische Kurs nicht ändere, würden die Leute Texas reinweise verlassen. Und Matt, der in der Nähe von Houston für eine Obdachlosenorganisation arbeitet und seinen Nachnamen nicht in der Zeitung lesen will, wundert sich, dass die Republikaner vor lauter Gesellschaftspolitik kaum über Energieversorgung sprechen, was er nach einem großen Stromausfall inmitten eisiger Kälte im vergangenen Winter für ein viel dringlicheres Thema hält.

„Texas hat so viel auf der Habenseite, deshalb ist dieser Kulturkampf so rätselhaft“, sagt Jessica Shortall, die mit der Organisation „Texas Competes“ gegen Benachteiligung von schwulen, lesbischen, bisexuellen und Transpersonen (LGBT) kämpft. Sie sagt, diskriminierende Politik vergraulen Unternehmen und Arbeitskräfte. Nach ihren Worten hat Texas allein in diesem Jahr mehr als 50 Gesetzentwürfe diskutiert, die auf Transpersonen abzielen. Viele Beobachter erklären den gesellschaftspolitischen Eifer des Gouverneurs rund mit politischem Kalkül. Er steht im nächsten Jahr zur Wiederwahl und muss Vorwahlen in der eigenen Partei überstehen, wo er sich einigen erzkonservativen Kandidaten gegenübersehen muss. Abbott werden sogar Ambitionen auf das Amt des amerikanischen Präsidenten nachgesagt.

Steven Pedigo hält indessen den gegenwärtigen Kurs auch politisch für unklug, zumindest auf längere Sicht. Texas werde diverser und auch urbaner, bewege sich also weg von der weißen und ländlichen Klientel, die besonders empfänglich für die derzeitigen politischen Initiativen sein dürfte. Die Bevölkerung des Bundesstaats ist im vergangenen Jahrzehnt doppelt so stark gewachsen wie in den USA insgesamt. Unter den Neuzugängen waren weniger als fünf Prozent weiß.

Sosehr der Unmut über den politischen Rechtsdrall auch zunimmt, das rasante texanische Wirtschaftswachstum wird deswegen nicht komplett zum Erliegen kommen. Vermutlich werden unter dem Strich auch weiterhin mehr Menschen zu- als wegziehen. Und nicht einmal Jen Stark von der Frauenrechtsorganisation Tara Health geht so weit, Firmen bewusst dazu aufzufordern, Texas zu boykottieren. Sie legt ihnen stattdessen nahe, öffentlich Position zu unstrittigen Gesetzesvorhaben zu beziehen und gegebenenfalls ihre Spenden an Politiker anzupassen. Die Veranstalter des Digital- und Musikfestivals „South by Southwest“, einem von Austins Aushängeschildern, haben gesagt, sie lehnen Aufrufe ab, Texas zu verlassen. Sie seien zwar „entsetzt“ über das Abtreibungsgesetz und die Wahlrestriktionen. Aber ein Wegzug würde Austin wirtschaftlich viel härter treffen als den Bundesstaat insgesamt. Austin sei „Teil der DNA“ des Festivals, die Organisation wolle lieber „bleiben und kämpfen“. Etwa indem Gruppen, die sich für Abtreibungsrechte einsetzen, auf der Veranstaltung im nächsten Jahr eine „Plattform“ bekommen.

Bis dahin wird auch der Wahlkampf um das Gouverneuramt an Fahrt aufnehmen. Sollte Amtsinhaber Abbott sich innerparteilich durchsetzen, ist die Frage, wer ihn aus dem gegnerischen politischen Lager herausfordern wird. Bislang bekanntester Anwärter der Demokraten ist Beto O'Rourke, der sich 2018 schon einmal um einen Sitz im US-Senat bemühte und knapp verlor. Er bewarb sich auch vergeblich um die dann von Joe Biden gewonnene Kandidatur der Partei für die Präsidentschaftswahlen im vergangenen Jahr. Fast hätte das Rennen um den Gouverneurposten in Texas sogar Hollywoodflair bekommen. Der Schauspieler Matthew McConaughey, in Texas geboren und 2014 mit dem Oscar ausgezeichnet, erwog nach eigenen Aussagen zwischenzeitlich eine Kandidatur, hat dann aber zurückgezogen.

Wer immer letztlich auf den Wahlzetteln stehen wird: Steven Pedigo wünscht sich, dass das Pendel in Texas wieder in eine andere Richtung schwingt und hält das auch für möglich. „Im Moment ist die Lage hier wirklich besessen. Aber ich bin tendenziell ein Optimist und mache mir Hoffnung, dass wir wieder zu einer moderateren Politik zurückkehren.“

Kulturkampf in Texas

N eulich machte Steven Pedigo eine Umfrage unter einer Gruppe von Studienanfängern. Pedigo lehrt Stadtentwicklung an einer Universität im texanischen Austin und wollte wissen, wo die Studenten ihre berufliche Zukunft sehen. Den Anlass zu der Umfrage hatten eine Reihe kontroverser neuer Gesetze in dem amerikanischen Bundesstaat gegeben, darunter ein Abtreibungsverbot in einem sehr frühen Stadium der Schwangerschaft und Restriktionen im Wahlrecht. Würden die Studenten nach ihrem Abschluss in einigen Jahren in Texas bleiben wollen, wenn das so weitergeht? Das Votum hat Pedigo alarmiert: 22 der 24 befragten Studenten sagten, sie würden lieber anderswo hinziehen. Der Professor aus Austin sieht das als Warnsignal. In einer Zeit, in der viele Unternehmen um qualifiziertes Personal ringen, setze Texas seine Attraktivität als Wirtschaftsstandort aufs Spiel und riskiere, seine Erfolge aus den vergangenen Jahren zunichtezumachen. Pedigo sagt es so: „Wir vermitteln dem Rest der Welt die Botschaft, dass wir nicht für jeden offen sind.“

Texas war im Wettbewerb amerikanischer Standorte in jüngster Zeit klar auf der Gewinnerseite. Oft ist sogar von einem texanischen Wirtschaftswunder die Rede. Das Bruttoinlandsprodukt ist seit 2010 um mehr als 40 Prozent gewachsen, Deutschland kommt im selben Zeitraum nur auf 13 Prozent Wirtschaftswachstum. Der Bundesstaat im Süden der USA rühmt sich seiner Wirtschaftsfreundlichkeit und bietet entsprechende Rahmenbedingungen: Die Unternehmenssteuern sind sehr niedrig, Regulierungen sind üblicherweise nicht allzu strikt. Wer in Texas wohnt, muss keine persönlichen Einkommensteuern an den Bundesstaat abführen, die Lebenshaltungskosten sind vergleichsweise niedrig, und die Lebensqualität gilt als hoch. Mit alledem hebt sich Texas nicht zuletzt von Kalifornien ab. Der Westküstenstaat ist ein ungleich teureres Pflaster. Vor allem San Francisco kämpft zudem mit einem gewaltigen Obdachlosen- und Drogenproblem. Dies dürften wesentliche Gründe dafür sein, warum es in jüngster Zeit eine Abwanderungswelle von Kalifornien nach Texas gab.

Die zuvor im kalifornischen Silicon Valley beheimateten Technologiekonzerne Oracle und Hewlett Packard Enterprise haben beispielsweise vor rund einem Jahr angekündigt, ihre Hauptsitze nach Texas zu verlagern. Im Oktober

Der Bundesstaat hat mit niedrigen Steuern viele Unternehmen angelockt. Ein Abtreibungsverbot und Restriktionen im Wahlrecht bedrohen den Aufschwung.

Von Roland Lindner

sicherte sich Texas eine weitere Trophäe, als der von Elon Musk angeführte Elektroautohersteller Tesla mitteilte, seine Zentrale werde künftig in Austin statt im Silicon Valley sein. Tesla baut in der Stadt auch schon ein Autowerk. Viele andere prominente Unternehmen haben ihre Präsenz ebenfalls verstärkt. Apple arbeitet an einem neuen Campus in Austin; Samsung hat gerade angekündigt, zusätzlich zu seiner bestehenden Chipfabrik in der Stadt ein weiteres großes Werk in der Nähe zu errichten. Eine lokale Wirtschaftsförderungsgesellschaft verkündete Anfang des Jahres stolz, das Bruttoinlandsprodukt von Texas sei nun größer als das von Brasilien, was den Bundesstaat zur neuntgrößten Volkswirtschaft der Welt mache (siehe Grafik).

Ein Umzug von Kalifornien nach Texas verspricht erhebliche finanzielle Vorteile. Verbunden ist damit indessen auch ein dramatischer Wechsel des gesellschaftspolitischen Umfelds. Kalifornien ist sehr linksliberal. Das gilt zwar auch für die großen Städte in Texas und insbesondere für Austin. Insgesamt ist der Bundesstaat jedoch fest in der Hand der konservativen Republikaner, die den Gouverneur stellen und beide Parlamentskammern kontrollieren.

Die gegenwärtige Regierung unter Gouverneur Greg Abbott hat sich zuletzt politisch stramm nach rechts bewegt. „Wir haben im Moment eine Schichtorte von verrückten Gesetzen“, sagt dazu Jen Stark, die Chefstrategin der Frauenorganisation Tara Health Foundation. Das hat Tesla zwar nicht davon abgehalten, Texas zu seiner neuen Heimat zu erklären. Es könnte trotzdem abschreckende Wirkung entfalten. Die Lokalzeitung „Houston Chronicle“ kommentierte kürzlich, Gouverneur Abbott beschädige die Marke Texas. In einer von Tara Health in Auftrag gegebenen Studie gaben 74 Prozent der befragten Frauen an, das Verbot von Abtreibungen nach der sechsten Schwangerschaftswoche würde sie davor zurückschrecken lassen, eine Stelle in Texas anzunehmen. Unter den Männern waren es 58 Prozent. Dieses Gesetz ist nicht nur im linksliberalen Spektrum unpopulär. In einer Umfrage sprachen sich auch eine Mehrheit der Republikaner und selbst eine Mehrheit derjenigen dagegen aus, die im vergangenen Jahr Donald Trump gewählt haben.

Viele Wirtschaftsvertreter beobachten den Rechtsdrill in Texas mit Sorge, einige sind schon öffentlich auf Konfrontationskurs mit der Regierung gegangen. Mehrere in Texas beheimatete Unternehmen wie die Fluggesellschaft American Airlines und der Technologiekonzern Dell haben beispielsweise deutlich

Stellung gegen die Einschränkungen im Wahlrecht bezogen, die etwa die Möglichkeiten zur Briefwahl und die Zahl der Wahllokale betreffen, was vor allem schwarzen Wählern die Stimmabgabe schwieriger machen könnte. Texanische Manager sprachen sich auch gegen einen Gesetzentwurf aus, nach dem Transpersonen den jeweiligen Teams im Schulsport danach zugeordnet werden müssen, welches Geschlecht in ihrer Geburtsurkunde steht. Ein Vertreter des texanischen Videospielerherstellers Gearbox trat in einer Anhörung dazu auf und warnte: „Bringt uns nicht dazu, dass wir außerhalb von Texas expandieren.“

Die Reaktion aus der Wirtschaft auf das Abtreibungsverbot war etwas differenzierter. Es gab einige lautstarke Proteste, etwa von Shar Dubey, der Vorstandsvorsitzenden der in Dallas beheimateten Dating-Gruppe Match Group, zu der Tinder gehört. Sie gab eine scharf formulierte Stellungnahme heraus, in der sie sich „schockiert“ zeigte, dass Texas nun in diesen Fragen „rückwärtsgewandter“ sei als ihr Geburtsland Indien. Marc Benioff, der Vorstandschef des Softwarekonzerns Salesforce, verkündete auf Twitter, sein Unternehmen werde Mitarbeitern helfen, die wegen des neuen Gesetzes aus Texas wegziehen wollen. Manche andere Unternehmen wie Dell, die gegen die Wahlrestriktionen mit Vehemenz eingetreten waren, äußerten sich mit Blick auf das Abtreibungsverbot um einiges diplomatischer. Uni-Professor Pedigo aus Austin meint, das könnte damit zu tun haben, dass Abtreibung in den Vereinigten Staaten ein besonders brisantes Thema sei.

Gouverneur Abbott hat sich von der Kritik aus der Wirtschaft bisher wenig beeindruckt lassen. Unternehmen sollten sich aus der Politik heraushalten, sagte er im Frühjahr barsch. Bei einem Auf-

tritt im Fernsehsender CNBC kurz nach Verabschiedung des Abtreibungsverbots im September behauptete er, es gebe viele Unternehmen, die den politischen Kurs in Texas begrüßten. Die Zuwanderungsbewegung nach Texas werde durch die Gesetzesinitiativen mitnichten gebremst, sondern sogar beschleunigt. Abbott erwähnte ausdrücklich Tesla-Vorstandschef Elon Musk als Beispiel für einen Gesinnungsgenossen: „Elon erzählt mir immer wieder, dass er die Gesellschaftspolitik in Texas gut findet.“ Musk geriet durch diese Aussage in Erklärungsnot, wollte aber keine klare Position beziehen. Er twitterte nur vage, er sei grundsätzlich dafür, dass Regierungen den Menschen nicht ihren Willen aufzwingen, wolle sich ansonsten aber lieber aus der Politik heraushalten.

Das war ungewohnt zaghaft für den selten um Worte verlegenen Tesla-Chef, der sich in der Vergangenheit durchaus mit der Politik angelegt hat, etwa als er Corona-Restriktionen „faschistisch“ nannte. Steven Pedigo von der Uni in Austin mutmaßte, Musk wolle es sich womöglich nicht mit dem Gouverneur verscherzen, weil er sich eine Änderung eines Gesetzes erhoffe, das Autohersteller in Texas bisher verpflichtet, ihre Fahrzeuge über unabhängige Autohäuser zu verkaufen. Der Direktvertrieb, wie ihn Tesla betreibt, ist in Texas also verboten. Das könnte den Effekt haben, dass Autos aus dem neuen Werk in Austin erst einmal in einen anderen Bundesstaat verschickt werden müssen, bevor Texaner sie kaufen können.

Während Gouverneur Abbott etwaige wirtschaftliche Konsequenzen seiner Politik bestreitet, zeigt sich Chip Roy, ein texanischer Abgeordneter im US-Kongress, demonstrativ gleichgültig. Über den Kurznachrichtendienst Twitter verbreitete der republikanische Politiker einen Bericht, wonach eine neue Fernseh-

